

**Justitia Deutschland
Frank Kahn
Alt Vorst 20
41564 Kaarst Vorst**

Beweis:

Bei den Angaben in der Zeile unter „Reichs- und Staatsangehörigkeit / Nationality.....“
Steht „Deutsches Reich / **Deutschland**“

der Begriff „**Deutschland**“ ist nicht nur nicht korrekt, es macht den Inhaber per Antrag zu einem Mitglied im Konstrukt Drittes Reich durch die, aufgrund des illegalen Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30.01.1934 (RGBl. I. S.75) ergangene Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934 (RGBl. I. S. 85) wurde bestimmt:
„§1 (1) Die Staatsangehörigkeit in den Ländern fällt fort.
(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit.“

Bei dem Ausweis steht „**Bundesstaat Preußen**“ unter den angaben „Geburtstag und -Ort“, dies lässt erkennen, daß der Inhaber nach Original RuStAG im Bundesstaat Preußen geboren wurde, eine Staatsangehörigkeit in Bundesstaat Preußen vermutet werden kann, aber immer noch nicht das er Staatsangehöriger des Bundesstaat Preußen ist.

Hier liegt eine geschickte Täuschung vor, da die Angaben der Zeile unter „Reichs- und Staatsangehörigkeit / Nationality.....“ direkt darunter steht und suggeriert, daß der Eintrag des Geburtsortes „Bundesstaat Preußen“ zu dem darunter liegenden Staatsangehörigkeit dazu gehört.

Zu den Angaben „Reichs- und Staatsangehörigkeit / Nationality.....“ zählt nur das darunter stehende.
Dort steht: „**Deutsches Reich / Deutschland**“
die echte Staatsangehörigkeit hier „**Bundesstaat Preußen**“ fehlt.

Dieser Ausweis ist das gleiche wie der Gelbe Schein.

Über die Machart die nur bewusst genau so gestaltet worden ist, kann man von einer bewussten Täuschung ausgehen. Die folge dieser Täuschung ist, daß der Inhaber so zum Mitglied einer nationalsozialistischen Organisation“ wird und nach SHAEF Gesetz Nr. 52 die Person und all sein Vermögen Verhaftet ist und unter der Kontrolle und und Verwaltung des Besatzers steht, er kein Eigentum sondern nur Besitz haben darf, welches auch unter Kontrolle der Besatzer, oder durch sie eingesetzte Verwalter steht.

Die Täuschung wird noch einmal ganz klar auf der Rückseite des Ausweises im ersten Satz im unteren Teil siehe Bild unten.

„Dem Inhaber dieses Ausweises wird hiermit die Staatsangehörigkeit **zum Staat Deutsches Reich**, gemäß RuStaG aus dem Jahre 1913 bestätigt.“

Nach Original RuStAG vom 22. Juli 1913, gibt es keine Staatsangehörigkeit „zum Staat Deutsches Reich“

Dies ist wiederholt die Erklärung zur geänderten Version des RuStAG von 30.01.1934 RGBl. I. S.75 und vom 05.02.1934 RGBl. I. S. 85

„§1 (1) Die Staatsangehörigkeit in den Ländern fällt fort.
(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit.“

Da die hierfür verantwortlichen die Rechtslage kennen müssten und auch selbst behaupten das sie dieses tun, kann man davon ausgehen das hier eine Bewusste Täuschung der schlimmsten Art vorliegt.

Im Dokument Amtsblatt – 141109 (siehe Anhang) steht:

„Amtsblatt – Meine Schritte zum souveränen Staatsangehörigen - Amtsblatt
Amtsblatt - 141109

In diesem Dokument (Amtsblatt - 141109) im fünften Kästchen auf der linken Seite steht.

„Ich erteile meiner Reichsleitung die Vollmacht, mich in

rechtlichen Angelegenheiten zu vertreten, den Staat handlungsfähig einzurichten, die Souveränität Deutschlands im Deutschen Reich herzustellen. Ich bin nun Reichsangehöriger des Deutschen Reiches **und Staatsangehöriger Deutschlands und seiner Bundesstaaten**. Ich habe somit Recht auf Recht, Recht auf einen staatlichen Richter, Recht auf geltende Gesetze, Recht auf Eigentum, Recht auf die Unversehrtheit von Körper, Geist und Seele.“

Hier im zweiten Satz: „Ich bin nun Reichsangehöriger des Deutschen Reiches **und Staatsangehöriger Deutschlands und seiner Bundesstaaten**.“

Die Aussage „Ich bin nun ... und **Staatsangehöriger Deutschlands und seiner Bundesstaaten**.“ ist wieder nicht korrekt und stellt einen Rechtsbruch dar, da an dieser Stelle nach RuStAG 1913 die Begriffe:

„**Staatsangehöriger Deutschlands und**“

die „Staatsangehörigkeit Deutsches Reich“, wie schon auf dem Ausweisdokument, die illegale Staatsangehörigkeit von 1934 ist, die man nun erlangt hat, per Antrag und Vollmacht. Es wurde so geschickt eingefügt, das man es schnell überliest, ein Rechtsunkundiger Laie ist kaum in der Lage dies zu erkennen.

In diesem Dokument (Amtsblatt - 141109) im sechsten Kästchen auf der linken Seite steht:

„Mir ist bewußt, daß ich nun meine Rechte so auch Pflichten eines Staatsangehörigen erlangt habe, womit die Privathaftung des illegal handelnden Personales der BRD und der Ver-Führer nun seine Rechtskraft erhält. **Ich unterliege somit nicht mehr dem Diktat von Versailles und den Vorschriften der Alliierten.** „

Und an diese Angaben halten sich, Herr Erhard Lorenz und die Verantwortlichen für die Herstellung und Ausgabe und falsche Registrierung des: „Deutsches Reich Personenausweis“ nicht wie oben zu sehen.

Diese Aussage entspricht durch das Vorgenannte nicht mehr der Wahrheit, wie bereits erläutert.

Diese Aussage ist für die Inhaber dieses „Deutsches Reich Personenausweis“ gefährlich, da wie oben schon ausgeführt man der Kontrolle und Verhaftung durch die Alliierten nach SHAEF Gesetz Nr. 52 nicht nur vermutet, sondern durch Antrag und Vollmacht direkt unterworfen ist.

In diesem Dokument (Amtsblatt - 141109) im dritten Kästchen auf der linken Seite steht:

„Es gilt auch für mich die Ausweispflicht für Reichs- und Staatsangehörige. **Jede im Deutschen Reich lebende Person, muß die Angehörigkeit zum Staat nachweisen können, siehe RuStAG 1913**“

Dies steht nicht im Original RuStAG vom 22. Juli 1913, diese Ausweispflicht wurde in Deutschland von den Nationalsozialisten im Jahre 1938 zuerst nur für Juden und wehrfähige Männer als Kennkartenzwang eingeführt und am 10. September 1939, auf alle über 15 Jahre alten „deutschen Staatsbürger“ ausgeweitet, im Auszug:

Wohnort und Wohnung / Place of residence and address / Domicile et adresse
(15) Erfurt

Bundesstaat Preußen, Provinz Sachsen
Namenszusatz, Titel / Additional names, titles / D'autres noms, titres

Große und Gestalt / Height and figure / Taille et hauteur
172 cm, normal

Augenfarbe / Color of eyes / Couleur des yeux
braun

Unveränderliche Kennzeichen / Invariable distinguishing marks / marques permanentes

Behörde und Ausstellungsdatum / Authority and date of issue / Autorité et date de délivrance
Reichsamt des Innern, den 09.02.2016

Dem Inhaber dieses Ausweises wird hiermit die **Staatsangehörigkeit zum Staat Deutsches Reich**, gemäß RuStAG aus dem Jahre 1913 bestätigt. Die Beschlagnahme dieses Ausweises, hat privatrechtliche und strafrechtliche Konsequenz zur Folge. Jeder Verstoß gegen den Status des Dokumenteninhabers wird nach dem geltenden Recht des Deutschen Reiches, geahndet.

<Klaus-Dieter<Petri>

Reichsdruckerei 2016

„Verordnung über Kennkarten.

Vom 22. Juli 1938 [913].

Auf Grund des Gesetzes über das Paß-, das Ausländerpolizei- und das Meldewesen sowie über das Ausweiswesen vom 11. Mai 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 589) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz folgendes verordnet:

§ 1

(1) Als allgemeiner polizeilicher Inlandausweis **wird eine Kennkarte eingeführt.**

(2) Eine Kennkarte können alle deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Reichsgebiet vom vollendeten 15. Lebensjahr ab erhalten.

(3) Der Reichsminister des Innern bestimmt, welche Gruppen von deutschen Staatsangehörigen und in welchem Umfang diese Gruppen dem Kennkartenzwang unterliegen.“

und den Kennkartenzwang:

Erste Bekanntmachung über den Kennkartenzwang.[921] Vom 23. Juli 1938.

Zweite Bekanntmachung über den Kennkartenzwang. [922] Vom 23. Juli 1938.

Dritte Bekanntmachung über den Kennkartenzwang. Vom 23. Juli 1938.

Im Antragsformular <http://deutsche-reichsdruckerei.de/Dokumente/Personenausweis/RPA-Antrag-KDR.pdf>

„Antrag auf Ausstellung eines deutschen Personenausweis“ steht :

unter 7: Staatsbezeichnung, Provinz / Land sowie Verwaltungsbereich des Geburtsortes:

Deutsches Reich

Der Eintrag „Deutsches Reich“ an dieser stelle ist fest und kann nicht verändert werden.

Dieser Eintrag ist zu prüfen ob dieser so als korrekt ausgelegt werden könnte, da an dieser Stelle nach RuStAG 1913 der Teilstaat/Bundesstaat hier Preußen einzutragen sein sollte und wenn dies dem Beantragenden nicht bekannt ist, offen bleiben sollte.

Man könnte dagegen halten, daß der Verwaltungsbereich des Geburtsortes, das Deutsche Reich ist, was aber ungenau ist, aber wegen dem begriff **Staatsbezeichnung** an dieser stelle ein verstoß darstellt.

Ein eklatanter Rechtsbruch ist,

Unter 8: Staatsangehörigkeit:

Deutsches Reich

Der Eintrag „Deutsches Reich“ an dieser stelle ist fest und kann nicht verändert werden.

Dieser Eintrag ist nicht korrekt und stellt einen Rechtsbruch dar, da an dieser stelle nach Original RuStAG 1913, der Teilstaat/Bundesstaat, hier Preußen einzutragen sein sollte und wenn dies dem Beantragenden nicht bekannt ist, offen bleiben müßte, und die Staatsangehörigkeit Deutsches Reich, wie schon auf dem Ausweisdokument, die illegale Staatsangehörigkeit von 1934 ist.

Das D Zeichen auf dem Ausweisdokument stammt aus der Weimarer Republik und hat auf der Reichsflagge nichts zu suchen.

Die massiven Täuschungen sind sehr geschickt gemacht und erschließen sich erst bei genauer Betrachtung in Kenntnis der Rechtslage und ziehen sich wie ein roter Faden durch die gesamte Beantragung des „Deutsches Reich Personenausweis“ bis zum fertig ausgestellten Ausweis.

Ich bitte Sie daher, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und mich über das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Petri

	<p>Personenstandregister des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten führen.</p> <p>Ich erteile meiner Reichsleitung die Vollmacht, mich in rechtlichen Angelegenheiten zu vertreten, den Staat handlungsfähig einzurichten, die Souveränität Deutschlands im Deutschen Reich herzustellen.</p> <p>Ich bin nun Reichsangehöriger des Deutschen Reiches und Staatsangehöriger Deutschlands und seiner Bundesstaaten. Ich habe somit Recht auf Recht, Recht auf einen staatlichen Richter, Recht auf geltende Gesetze, Recht auf Eigentum, Recht auf die Unversehrtheit von Körper, Geist und Seele.</p> <p>Mir ist bewußt, daß ich nun meine Rechte so auch Pflichten eines Staatsangehörigen erlangt habe, womit die Privathaftung des illegal handelnden Personales der BRD und der Ver-Führer nun seine Rechtskraft erhält.</p> <p>Ich unterliege somit nicht mehr dem Diktat von Versailles und den Vorschriften der Alliierten.</p> <p>Die bisherigen BRD-Personaldokumente bewahre ich deshalb auf, da ich damit den Beweis des schweren Betruges und der Täuschung vorliegen habe und ich dem böswilligen Bedrängnis durch BRD-Personal beschwichtigend entgegen wirken kann. Ich kann mit diesem Firmen-Personalausweis des Vereinigten Wirtschaftsgebietes weiterhin meine mir zustehenden (EU)Rechte wahrnehmen. Natürlich bin ich an Zahlungen,</p>	<p>http://deutsche-reichsdruckerei.de</p> <p>http://reichspraesidium.de/vollmacht.htm</p> <p>http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-07-Jul-2014.htm#Nr12 (Notstandgesetz)</p> <p>http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-07-Jul-2014.htm#Nr20 (Familienförderung)</p> <p>http://volks-reichstag.info/Reichstagsforum/ (Das Forum des souveränen Deutschen Volkes)</p> <p>Mir sind nachfolgende Gesetze bewußt;</p> <p>BGB §§ 823, 839 (Privathaftung) http://justitia-deutschland.org/B/Buergerliches-Gesetzbuch-1900-2Buch.htm</p> <p>BGB § 795 (Schuldverschreibung) http://justitia-deutschland.org/B/Buergerliches-Gesetzbuch-1900-2Buch.htm</p> <p>http://justitia-deutschland.org/S/StGB-1876.htm (Strafgesetzbuch Original)</p> <p>http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-07-Jul-2014.htm#Nr24 (Amts- Diensthafung)</p> <p>http://deutscher-reichsanzeiger.de/2011/rgbl-11-Nov-2011.htm#Nr26 (Privathaft der Exekutive)</p>
--	--	--

Anordnung**zur Änderung der Anordnung über die Aushebung zum aktiven Wehrdienst im Jahre 1938
im Lande Österreich.****Vom 25. Juli 1938.**

I. Die Anordnung über die Aushebung zum aktiven Wehrdienst im Jahre 1938 im Lande Österreich vom 16. Juni 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 634) wird wie folgt geändert:

In Nr. II unter 3 werden die Worte „der Geburtsjahrgänge 1915 und 1916“ ersetzt durch „der Geburtsjahrgänge 1914, 1915, 1916“.

II. Diese Anordnung erfolgt auf Grund des § 37 Abs. 2 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 609), des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über die Übertragung des Verordnungsrechts nach dem Wehrgesetz vom 22. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 615) und der Verordnung über die Einführung von Wehrrecht im Lande Österreich vom 15. Juni 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 631).

Berlin, den 25. Juli 1938.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Reitel

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung

Pfundtner

Erste Bekanntmachung über den Kennkartenzwang.**Vom 23. Juli 1938.**

Auf Grund der Verordnung über Kennkarten vom 22. Juli 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 913) bestimme ich folgendes:

§ 1

(1) Männliche deutsche Staatsangehörige haben innerhalb der letzten drei Monate vor Vollendung ihres 18. Lebensjahrs (Eintritt in das Wehrpflichtverhältnis) bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Für männliche deutsche Staatsangehörige, die beim Inkrafttreten dieser Bekanntmachung ihr 17., aber noch nicht ihr 18. Lebensjahr vollendet haben, beginnt die Frist von drei Monaten mit dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung.

(2) In den Fällen des Abs. 1 kann der Kennkartenbewerber in Abweichung von § 3 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über Kennkarten vom 22. Juli 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 913) den Antrag ohne Mitwirkung des gesetzlichen Vertreters stellen.

§ 2

Dienstpflichtige (§ 1 Abs. 2 der Verordnung über die Musterung und Aushebung vom 17. April 1937 — Reichsgesetzbl. I S. 469 — in der Fassung der Verordnung vom 14. April 1938 — Reichsgesetzbl. I S. 394), soweit sie nach § 1 verpflichtet sind, die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen, haben sich bei jedem dienstlichen, das Wehrpflichtverhältnis betreffenden Verkehr mit den Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung sowie mit den Wehrersatzdienststellen auf Verlangen über ihre Person durch ihre Kennkarte auszuweisen.

§ 3

Die Kennkartengebühr beträgt für die in den §§ 1 und 2 genannten Personen eine Reichsmark.

§ 4

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 1938 in Kraft.

Berlin, den 23. Juli 1938.

Der Reichsminister des Innern
Fried

Antrag auf Ausstellung eines deutschen Personenausweis



Hiermit stelle ich (Personenangaben wie nachstehend) Antrag auf einen deutschen Personenausweis

1 Familienname		1a Namenszusatz	
2 Geburtsname (nur ausfüllen, wenn der Name vom Geburtsnamen abweicht):			3 Geschlecht bitte wählen
4 Vornamen:		4a Rufname (nur ausfüllen, wenn mehrere Vornamen):	
5 Ordens- oder Künstlername (Nachweis erforderlich):			
6 Geburtstag:	6a Geburtsort:		
7 Staatsbezeichnung, Provinz / Land sowie Verwaltungsbereich des Geburtsortes: Deutsches Reich			
8 Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich		9 Nationalität: deutsch	
10 weitere Staatsangehörigkeiten:			
11 Körpergröße in cm:	12 Augenfarbe: bitte wählen	13 Gestalt: bitte wählen	14 Haarfarbe (nur Personen bis 15 Jahre): bitte wählen
15 besondere Kennzeichen (nur solche, die ohne Ablegen von Kleidung sichtbar sind): keine			
16 erlernter Beruf:		16 ausgeübter Beruf:	
17 derzeitiger Wohnort:			
18 Land oder Provinz sowie Verwaltungsbereich des Wohnortes: -keine Auswahl-			
19 Postleitzahl 5-stellig	20 Postleitzahl 2-stellig:		
22 Straße und Hausnummer:		23 weitere Angabe, Postfach, Wohnungsnummer o.ä.	
24 Fernsprecher (Leitungsgebundener Anschluß):		25 Fernkopierer	
26 Funkfernsprecher:		27 ePost-Adresse:	

folgende Unterlagen sind dem Antrag beizufügen:

- ☒ Kopie der Geburtsurkunde
- ☒ Kopie des vorherigen Ausweises
- ☐ Kopie des Meldenachweises
- ☐ Kopie der Staatsangehörigkeitsurkunde

Paßbild

28 eigene Weltnetzseite:

http://

29 Gebühren

Die Gebühren betragen 30,- Mark. Ersatzweise werden 30,-€ angenommen.

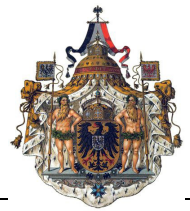
Es wird bestätigt, daß die antragstellende Person mit der auf dem Foto links abgebildeten Person identisch ist.

Datum

Ort

eigenhändig vollzogene Unterschrift des Antragstellers

Bitte die Unterschrift
zwischen den Linien
schreiben.



Ich kenne die gesetzliche Grundlage in Deutschland, wie z.B. die Verfassung, das RuStaG, den Deutschen Reichsanzeiger. Ich weiß, daß Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen (Art. 2 der Verfassung) und die BRD-Gesetze keinen Geltungsbereich nachweisen.	http://deutsche-reichsverfassung.de (Artikel 2 der Deutschen Reichsverfassung) http://justitia-deutschland.org/R/RuStAG-1913.htm (Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz Original) http://deutscher-reichsanzeiger.de (Amtsblatt)
Mir ist die Seite mit den Täuschern, den Marionetten, den illegal handelnden Gruppierungen bekannt.	http://rabestte.reichsamt.info (Ver-Führer-Liste) http://reichspraesidium.de/warnung.htm (Warnung)
Es gilt auch für mich die Ausweispflicht für Reichs- und Staatsangehörige. Jede im Deutschen Reich lebende Person, muß die Angehörigkeit zum Staat nachweisen können, siehe RuStaG 1913.	http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-10-Okt-2014.htm#Nr32 (Gesetz zur Ausweispflicht) http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-10-Okt-2014.htm#Nr30 (Zum Erwerb der Reichs- und Staatsangehörigkeit)
Ich beantrage staatlich anerkannte Dokumente. Mir ist klar, daß es nur eine Reichsleitung geben kann, die legitim ist. Nur diese darf durch ihre Institutionen unter der Aufsicht der gesetzgebenden Organe, Dokumente ausstellen, siehe Art.4 der Deutschen Reichsverfassung. Nur diese kann mich im Personenstandregister des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten führen.	http://reichspraesidium.de http://volks-bundesrath.info http://volks-reichstag.info http://deutsches-reichsamt.de http://standesamt.reichspraesidium.de Die einzige staatliche Druckerei http://deutsche-reichsdruckerei.de
Ich erteile meiner Reichsleitung die Vollmacht, mich in rechtlichen Angelegenheiten zu vertreten, den Staat handlungsfähig einzurichten, die Souveränität Deutschlands im Deutschen Reich herzustellen. Ich bin nun Reichsangehöriger des Deutschen Reiches und Staatsangehöriger Deutschlands und seiner Bundesstaaten. Ich habe somit Recht auf Recht, Recht auf einen staatlichen Richter, Recht auf geltende Gesetze, Recht auf Eigentum, Recht auf die Unversehrtheit von Körper, Geist und Seele.	http://reichspraesidium.de/vollmacht.htm http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-07-Jul-2014.htm#Nr12 (Notstandsgesetz) http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-07-Jul-2014.htm#Nr20 (Familienförderung) http://volks-reichstag.info/Reichstagsforum/ (Das Forum des souveränen Deutschen Volkes)
Mir ist bewußt, daß ich nun meine Rechte so auch Pflichten eines Staatsangehörigen erlangt habe, womit die Privathaftung des illegal handelnden Personales der BRD und der Ver-Führer nun seine Rechtskraft erhält. Ich unterliege somit nicht mehr dem Diktat von Versailles und den Vorschriften der Alliierten.	Mir sind nachfolgende Gesetze bewußt; BGB §§ 823, 839 (Privathaftung) http://justitia-deutschland.org/B/Buergerliches-Gesetzbuch-1900-2Buch.htm BGB § 795 (Schuldverschreibung) http://justitia-deutschland.org/B/Buergerliches-Gesetzbuch-1900-2Buch.htm
Die bisherigen BRD-Personaldokumente bewahre ich deshalb auf, da ich damit den Beweis des schweren Betruges und der Täuschung vorliegen habe und ich dem böswilligen Bedrängnis durch BRD-Personal beschwichtigend entgegen wirken kann. Ich kann mit diesem Firmen-Personalausweis des Vereinigten Wirtschaftsgebietes weiterhin meine mir zustehenden (EU)Rechte wahren. Natürlich bin ich an Zahlungen, wie Steuern, Gebühren, Abgaben und Beiträge nicht mehr vertraglich gebunden, auch dann nicht, wenn die Zahlung erzwungen wird. Für jede Enteignung oder Gewaltmaßnahme gilt nun das Rechtsmittel zur Wahrung der Privathaftung.	http://justitia-deutschland.org/S/StGB-1876.htm (Strafgesetzbuch Original) http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-07-Jul-2014.htm#Nr24 (Amts- Diensthafung) http://deutscher-reichsanzeiger.de/2011/rgbl-11-Nov-2011.htm#Nr26 (Privathaft der Exekutive) http://deutscher-reichsanzeiger.de/2011/rgbl-10-Okt-2011.htm#Nr24 (Generelle Privathaftung) http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-07-Jul-2014.htm#Nr21 (sogenannte Staatsverträge)
Ich erhebe meine Stimme, ich wahre meine Rechte, ich handle gerecht und verantwortungsbewußt. Ich bin ein souveräner Reichs- und Staatsangehöriger.	http://deutscher-reichsanzeiger.de/2014/rgbl-04-Apr-2014.htm#Nr13 (Kriegshandlungsverbot im Deutschen Reich)

Antrag auf Ausstellung eines deutschen Personenausweis



Hiermit stelle ich (Personenangaben wie nachstehend) Antrag auf einen deutschen Personenausweis

1 Familienname

1a Namenszusatz

2 Geburtsname (nur ausfüllen, wenn der Name vom Geburtsnamen abweicht):

3 Geschlecht

bitte wählen

4 Vornamen:

4a Rufname (nur ausfüllen, wenn mehrere Vornamen):

5 Ordens- oder Künstlername (Nachweis erforderlich):

6 Geburtstag:

6a Geburtsort:

7 Staatsbezeichnung, Provinz / Land sowie Verwaltungsbereich des Geburtsortes:

Deutsches Reich

8 Staatsangehörigkeit:

Deutsches Reich

9 Nationalität:

deutsch

10 weitere Staatsangehörigkeiten:

11 Körpergröße in cm:

12 Augenfarbe:
bitte wählen

13 Gestalt:

bitte wählen

14 Haarfarbe (nur Personen bis 15 Jahre):

bitte wählen

15 besondere Kennzeichen (nur solche, die ohne Ablegen von Kleidung sichtbar sind):

keine

16 erlernter Beruf:

16 ausgeübter Beruf:

17 derzeitiger Wohnort:

18 Land oder Provinz sowie Verwaltungsbereich des Wohnortes:

-keine Auswahl-

19 Postleitzahl 5-stellig

20 Postleitzahl 2-stellig:

22 Straße und Hausnummer:

23 weitere Angabe, Postfach, Wohnungsnummer o.ä.

24 Fernsprecher (Leitungsgebundener Anschluß):

25 Fernkopierer

26 Funkfernsprecher:

27 ePost-Adresse:

28 eigene Weltnetzseite:

http://

29 Gebühren

Die Gebühren betragen 30,- Mark. Ersatzweise werden 30,-€
angenommen.

folgende Unterlagen sind dem Antrag beizufügen:



Kopie der Geburtsurkunde



Kopie des vorherigen Ausweises



Kopie des Meldenachweises



Kopie der Staatsangehörigkeits-
urkunde

Paßbild

Datum

Ort

Es wird bestätigt, daß die antragstellende Person mit der auf
dem Foto links abgebildeten Person identisch ist.

eigenhändig vollzogene Unterschrift des Antragstellers

Bitte die Unterschrift
zwischen den Linien
schreiben.

Verordnung über paßrechtliche Vorschriften im Lande Österreich.**Vom 22. Juli 1938.**

Auf Grund des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 237) wird folgendes verordnet:

§ 1

Im Lande Österreich gelten folgende paßrechtliche Vorschriften:

1. die Paßbekanntmachung vom 7. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 257),
2. die Paßgebührenverordnung vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 341),
3. die Verordnung über die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Paßvorschriften vom 6. April 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 249) in der jetzt geltenden Fassung,
4. die Bekanntmachung über die Einführung des Ausreisefischvermerks für Inhaber sowjetrussischer

Berlin, den 22. Juli 1938.

Der Reichsminister des Innern

Frick

Pässe vom 29. Dezember 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1427).

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 15. August 1938 in Kraft. Gleichzeitig treten die bisherigen paßrechtlichen Vorschriften des Landes Österreich außer Kraft.

(2) Die auf Grund der bisherigen österreichischen Paßvorschriften ausgestellten Pässe aller Art und Reiseausweise für Kinder werden, wenn die in dem einzelnen Paßpapier angegebene Geltungsdauer nicht bereits vor dem 1. Januar 1939 endet, mit Ablauf des 31. Dezember 1938 ungültig. Diese Bestimmung findet auf österreichische Identitäts- und Reiseausweise, auf österreichische Identitätscheine für russische Flüchtlinge sowie auf österreichische Identitätscheine für armenische Flüchtlinge entsprechende Anwendung, soweit die Inhaber dieser Ausreisepapiere im Reichsgebiet ansässig sind.

Verordnung über Kennkarten.**Vom 22. Juli 1938.**

Auf Grund des Gesetzes über das Paß, das Ausländerpolizei- und das Meldewesen sowie über das Ausweiswesen vom 11. Mai 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 589) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz folgendes verordnet:

§ 1

(1) Als allgemeiner polizeilicher Inlandausweis wird eine Kennkarte eingeführt.

(2) Eine Kennkarte können alle deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Reichsgebiet vom vollendeten 15. Lebensjahr ab erhalten.

(3) Der Reichsminister des Innern bestimmt, welche Gruppen von deutschen Staatsangehörigen und in welchem Umfang diese Gruppen dem Kennkartenzwang unterliegen.

§ 2

(1) Zuständig für die Entgegennahme der Anträge auf Ausstellung der Kennkarte sind die Ortspolizeibehörden oder die von der Ortspolizeibehörde beauftragten polizeilichen Meldebehörden.

(2) Zuständig für die Ausstellung der Kennkarten sind die Paßbehörden.

(3) Örtlich zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk der Kennkartenbewerber seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat oder mangels eines Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltsorts sich tatsächlich aufhält.

§ 3

(1) Der Kennkartenbewerber hat den Antrag auf Ausstellung der Kennkarte persönlich zu stellen. Für eine beschränkt geschäftsfähige oder eine geschäftsunfähige Person stellt der gesetzliche Vertreter den Antrag.

(2) Der Kennkartenbewerber hat auf amtliches Verlangen alle Angaben zu machen und alle Nachweise zu erbringen, die erforderlich sind, um seine Person und seine deutsche Staatsangehörigkeit einwandfrei festzustellen; er hat insbesondere

- a) die erforderliche Anzahl von Lichtbildern in der vorgeschriebenen Größe und Ausstattung einzureichen;
- b) die erforderlichen Fingerabdrücke nehmen zu lassen;
- c) die erforderlichen Unterschriften zu leisten;